

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Schrader, Klaus

Book Part

Arbeit für Schleswig-Holstein in der Globalisierung

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Schrader, Klaus (2010) : Arbeit für Schleswig-Holstein in der Globalisierung,
In: Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e.V. (Ed.): Arbeiten
und Leben in Schleswig-Holstein, pp. 31-33, <http://hdl.handle.net/10419/45573>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.



Arbeit für Schleswig-Holstein in der Globalisierung

Dr. Klaus Schrader

Institut für Weltwirtschaft

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 führte zu einem massiven Einbruch auf den Weltmärkten, der Außenhandel schrumpfte im zweistelligen Prozentbereich. Nach den vielen Jahren ständiger Expansion des Auslandsgeschäfts bescherte der globale Nachfrageeinbruch dem ehemaligen „Exportweltmeister“ Deutschland im Krisenjahr 2009 einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 5 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist die Freude in Schleswig-Holstein zu verstehen, dass die Wirtschaft des Landes nur um knapp 2 Prozent schrumpfte und damit von der Krise noch am wenigsten betroffen war.

Doch zeigt sich bereits seit Anfang 2010, dass die Globalisierung nur eine Verschnaufpause eingelegt hat und die Nachfrage auf den Weltmärkten wieder anzieht. Länder mit einem starken Besatz exportorientierter Unternehmen werden von der sich abzeichnenden Erholung am stärksten profitieren. Der wettbewerbliche Ausleseprozess wird mit einer wachsenden Zahl neuer Anbieter aus Industrie- und Schwellenländern allerdings schärfer, so dass die Unternehmen noch konsequenter als bisher jene Handlungsoptionen nutzen werden, die sich in den Jahren der Globalisierung eröffnet haben. Dazu gehören vor allem die größeren Möglichkeiten, durch Verlagerung von Fertigungsstufen im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten die Produktionskosten zu senken. Was bedeutet nun die fortschreitende Globalisierung für die Arbeitsplätze in Deutschland und in Schleswig-Holstein.

Potenziell verlagerbare Arbeitsplätze

Eine empirische Studie für Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass die Arbeitsplätze von etwa 42 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten potenziell ins Ausland verlagerbar sind, davon können mehr als 11 Prozent der Arbeitsplätze sogar als „leicht verlagerbar“ gelten. In absoluten Zahlen ausgedrückt beträgt das unmittelbare Verlagerungspotenzial etwa 11,3 Millionen Arbeitsplätze. Am anderen Ende der Verlagerungsskala können über 38 Prozent der Arbeitsplätze als „überhaupt nicht verlagerbar“ gelten und sind damit als „globalisierungsfremd“ einzustufen.

Die Studie zeigt, dass Arbeitsplätze Höherqualifizierter entgegen weit verbreiteter Vorurteile tendenziell einem größeren Verlagerungsrisiko unterliegen. Hingegen sind die Arbeitsplätze mit einem relativ geringen Verlagerungsrisiko überwiegend im Bereich personenbezogener und damit nicht handelbarer Dienstleistungen angesiedelt, wo die Qualifikationsanforderungen niedriger sind. Mit einem geringen Verlagerungsrisiko geht allerdings auch häufig ein relativ geringes Einkommen einher. So weisen die Niedriglohnbezieher in Deutschland ein weitaus geringeres Verlagerungsrisiko als die höher entlohnten Beschäftigten auf. Dies hat zur Folge, dass mit einer zunehmenden Verlagerung von Arbeitsplätzen auch ein fühlbarer Wohlstandsverlust in Deutschland verbunden wäre.

Der Befund für Schleswig-Holstein

Die Analyse der potenziellen Verlagerbarkeit von Arbeitsplätzen ergibt für Schleswig-Holstein ein zwiespältiges Bild. Auf den ersten Blick erscheint

positiv, dass der Anteil der Arbeitsplätze, die aufgrund technischer Kriterien potenziell ins Ausland verlagerbar sind, deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt ist: Nur 37,5 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im nördlichsten Bundesland gehören zur Gruppe der „leicht verlagerbaren“ oder „verlagerbaren“ Arbeitsplätze. In absoluten Zahlen ausgedrückt wären knapp 300.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze aus Schleswig-Holstein verlagerbar. Demgegenüber sind fast 500.000 Arbeitsplätze vor Verlagerung weitgehend geschützt, wovon 70 Prozent sogar überhaupt nicht verlagerbar sind.

Allerdings relativiert sich dieser scheinbare Vorteil Schleswig-Holsteins, weniger von einer globalisierungsbedingten Verlagerbarkeit seiner Arbeitsplätze betroffen zu sein, wenn man Ursachen und Wirkungen des unterdurchschnittlichen Verlagerungspotenzials betrachtet: Zunächst steht hinter diesem Ergebnis die relativ globalisierungsferne Wirtschaftsstruktur des Landes. Im geringeren Anteil verlagerbarer Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein spiegeln sich der vergleichsweise niedrige Industrieanteil an der Beschäftigtenstruktur des Landes sowie die relative geringe Zahl an Arbeitsplätzen im Bereich hochwertiger, unternehmensbezogener Dienstleistungen wider. Denn Industriearbeitsplätze, auf denen handelbare Güter erzeugt werden, können in der Regel sehr leicht an ausländische Standorte verlagert werden. Gleiches gilt für hochwertige Dienstleistungsarbeitsplätze, die oft durch die Erstellung digitalisierbarer und damit handelbarer Leistungen gekennzeichnet sind. Zwar entfällt auf die Dienstleistungswirtschaft des Landes ein überdurchschnittlicher Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung, jedoch dominieren nicht-handelbare Dienstleistungen mit einem besonderen Schwerpunkt auf tourismusnahe Bereiche. Daher ist das Land von einer globalen Nachfragekrise weniger stark betroffen.

Diese relativ standortgebundenen und damit globalisierungsfernen Beschäftigungsstrukturen Schleswig-Holsteins haben jedoch ihren Preis: Sie gehen mit einem relativ ungünstigen Einkommensprofil der Beschäftigten im Land einher. Wie schon in vorangegangenen Analysen deutlich wurde, sind es die Industriearbeitsplätze, auf denen

in Schleswig-Holstein relativ gut verdient wird. Bei den Dienstleistungsarbeitsplätzen mangelt es nicht nur an hochwertigen Jobs mit hohem Einkommen, es wird auch in fast allen Dienstleistungsgruppen – außer im öffentlichen Dienst – deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt verdient. Und das Land kann von einem erneuten Anziehen der globalen Nachfrage in geringerem Maß profitieren als die exportstarken Bundesländer.

Insofern steht dem geringeren Anteil an Arbeitsplätzen mit einem hohen Verlagerungsrisiko ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau gegenüber. Schleswig-Holstein ist damit ein typisches Beispiel dafür, dass mit geringeren Verlagerungsrisiken auch geringere Erträge verbunden sind, was auch in noch stärkerem Maß auf die ostdeutschen Bundesländer zutrifft. Hingegen zeigt das Beispiel des Nachbarn Hamburg, dass ein hoher Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen mit einem überdurchschnittlichen Einkommensniveau einhergehen kann. In Hamburg ist wie in Schleswig-Holstein der Dienstleistungssektor stark dominant, mit dem Unterschied dass hier im größeren Umfang hochwertige, handelbare Dienstleistungen erstellt werden. Das höhere Verlagerungsrisiko dieser Arbeitsplätze zahlt sich aus.

Unterschiede in den Regionen

Doch sollte man die Beschäftigungsstrukturen in Schleswig-Holstein nicht über einen Kamm scheren. Die Betrachtung der einzelnen Regionen des Landes zeigt, dass große Unterschiede bei der Globalisierungsnähe und damit auch bei der Verlagerbarkeit von Arbeitsplätzen bestehen.

Es wird deutlich, dass das größte Verlagerungspotenzial in den Kreisen des engeren Hamburger Umlands – mit

Ausnahme des weniger industriell geprägten Herzogtums Lauenburg – zu finden ist: Im Kreis Stormarn sind 45 Prozent der Beschäftigten potenziell verlagerbar, was über dem Bundesdurchschnitt liegt; Pinneberg und Segeberg folgen knapp dahinter. Eine weitere Gruppe von Kreisen erreicht mindestens 90 Prozent des durchschnittlichen Verlagerungspotenzials in Deutschland: Steinburg aus dem weiteren Hamburger Umland sowie die kreisfreien Städte Kiel und Flensburg. Darüber hinaus sinkt der Anteil verlagerungsfähiger Arbeitsplätze mit zunehmender Hamburgferne:

»Schleswig-Holstein ist von einer globalen Nachfragekrise weniger stark betroffen«

Dies zeigt sich in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Plön; in den ländlichen und vom Tourismus geprägten Kreisen Ostholstein und Nordfriesland ist das Verlagerungspotenzial nochmals geringer. In diesen Kreisen liegt der Anteil potenziell verlagerbarer Arbeitsplätze sogar deutlich unter dem für Mecklenburg-Vorpommern ermittelten Durchschnittswert.

Die räumliche Struktur des Verlagerungspotenzials in Schleswig-Holstein muss wiederum in engem Zusammenhang mit den vorhandenen regionalen Wirtschaftsstrukturen gesehen werden. Wenn die räumliche Struktur der Industrie zum Vergleich herangezogen wird, zeigt sich eine ausgeprägte Korrelation von Industriedichte und Verlagerbarkeit von Arbeitsplätzen. Der schleswig-holsteinische Industriegürtel des Hamburger Umlands beherbergt die meisten Arbeitsplätze, auf denen handelbare Güter erstellt werden und die damit in größerem Umfang potenziell verlagerbar sind. Auch die Städte Flensburg und Kiel mit ihrem relativ hohen Industrieanteil gehören zu dieser Gruppe. In der Landeshauptstadt erhöht zudem die vergleichsweise große Zahl höherwertiger Dienstleistungsarbeitsplätze das Verlagerungspotenzial.

Ein hohes Verlagerungspotenzial bedeutet zwar, dass die Jobsicherheit eingeschränkt ist: Ein Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit würde diese Arbeitsplätze gefährden. Jedoch wird dieses Risiko mit einer „Globalisierungsprämie“ belohnt, wie sich selbst auf Kreisebene zeigt. In den Kreisen mit einem höheren Anteil verlagerbarer Arbeitsplätze wird gleichzeitig auch besser verdient. Im Hamburger Umland sowie in Kiel und Flensburg liegen die Einkommen der Arbeitnehmer viel dichter am Bundesdurchschnitt als in hamburgfernen Kreisen mit niedrigem Verlagerungspotenzial.

Was schützt vor Verlagerung?

Vor diesem Hintergrund besteht in Schleswig-Holstein die langfristige wirtschaftspolitische Herausforderung darin, den Bestand an Arbeitsplätzen zu sichern, ohne gleichzeitig Einkommensverluste hinzunehmen. Eine Strategie, die vornehmlich auf sichere globalisierungsferne Arbeitsplätze –

etwa im Tourismus – setzt, führt längerfristig zu Wohlstandsverlusten. Doch verfügt das Land über einen industriellen Kern, der an Exportintensität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht hinter Unternehmen aus den exportstarken Bundesländern im Süden zurücksteht. Für diese Unternehmen müssen attraktive Standortbedingungen weiterentwickelt werden, die auch die Ansiedlung von Anbietern hochwertiger, unternehmensbezogener Dienstleistungen begünstigt.

Die Wirtschaftspolitik wäre daher gut beraten, auf breiter Front eine konsequente Höherqualifizierung der heimischen Arbeitnehmer zu unterstützen. Dabei sollte die Förderung hochwertiger Berufe und Qualifikationen, selbst wenn sie leicht ins Ausland verlagert werden könnten, als Chance auf Globalisierungsgewinne begriffen werden. Humankapitalbildung im Zeitalter der Globalisierung bedeutet, die Prinzipien des lebenslangen Lernens und der beruflichen Flexibilisierung fest

in den Bildungswegen zu verankern. Von den verstärkten Qualifizierungsanstrengungen sollte keine Bildungsstufe und kein Bildungsweg ausgenommen werden, für Arbeitnehmer aller Altersstufen müssten Weiterbildungsangebote verfügbar sein.

Bei der Weiterentwicklung der Bildungsinfrastruktur bietet sich die Kooperation mit anderen norddeutschen Bundesländern, insbesondere mit dem Nachbarn Hamburg, an. Die Vermeidung teurer

Parallelstrukturen verspricht beträchtliche Synergiegewinne. Zudem ist Bildung keine ausschließlich staatliche Aufgabe, vielmehr sollte auch im hohen Norden das Bewusstsein weiterentwickelt werden, dass es im langfristigen Interesse der Unternehmen ist, die eigene Humankapitalbasis zu pflegen. Mehr Investitionen in die Köpfe wird aus Schleswig-Holstein ein Land der Globalisierungsgewinner machen.

»Das Land verfügt über einen industriellen Kern, der an Exportintensität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht hinter Unternehmen aus den exportstarken Bundesländern zurücksteht«